



## **N i e d e r s c h r i f t**

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses  
am 21.02.2018**

***öffentlich***

---

**Ort:** Stadthaus, Wappensaal,  
Marktplatz 2,  
06108 Halle (Saale)

**Zeit:** 16:00 Uhr bis 17:37 Uhr

**Anwesenheit:** siehe Teilnehmerverzeichnis

### **Anwesend waren:**

#### **Mitglieder:**

Dr. Bernd Wiegand  
Dr. Annegret Bergner  
Andreas Scholtyssek  
Dr. Hans-Dieter Wöllenweber  
Dr. Ulrike Wünscher

Hendrik Lange  
Dr. Bodo Meerheim  
Sten Meerheim

Eric Eigendorf  
Johannes Krause  
Herr Tom Wolter  
Dr. Inés Brock  
Yvonne Winkler

Oberbürgermeister  
CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)  
CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)  
CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)  
CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)  
Vertreterin für Herrn Bönisch  
Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)  
Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)  
Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)  
Vertreter für Frau Nagel  
SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)  
SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)  
Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM  
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM,  
Vertreterin für Herrn Wolter,  
Teilnahme ab 17:40 Uhr

#### **Verwaltung:**

Egbert Geier  
Dr. Judith Marquardt  
Sabine Ernst  
Oliver Paulsen  
Marco Schreyer  
Dörthe Riedel

Heike Schaarschmidt

Maik Stehle

Bürgermeister  
Beigeordnete für Kultur und Sport  
Leiterin Büro des Oberbürgermeisters  
Grundsatzreferent  
Leiter Fachbereich Recht  
Referentin im Geschäftsbereich für  
Stadtentwicklung und Umwelt  
Referentin im Geschäftsbereich für Bildung und  
Soziales  
Protokollführer

#### **Entschuldigt fehlten:**

Bernhard Bönisch  
Elisabeth Nagel

CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)  
Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)

## zu Einwohnerfragestunde

---

Es gab keine Einwohnerfragen.

## zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

---

Die öffentliche Sitzung des Hauptausschusses wurde vom Vorsitzenden, **Herrn Oberbürgermeister Dr. Wiegand**, eröffnet und geleitet. Er stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

## zu 2 Feststellung der Tagesordnung

---

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** schlug vor, folgende Tagesordnungspunkte von der Tagesordnung zu nehmen:

- 5.2. Beschlussfassung zum Sanierungs- und Strukturanpassungskonzept 2.0 der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle  
Vorlage: VI/2018/03758
  - 5.2.1. Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur BV "Beschlussfassung zum Sanierungs- und Strukturanpassungskonzept 2.0 der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle" Vorlagen-Nr.: VI/2018/03758  
Vorlage: VI/2018/03790
  - 5.3. Aufhebungssatzung der Gebührensatzung für den Rettungsdienstbereich Halle/Nördlicher Saalekreis  
Vorlage: VI/2017/03618
- ➔ gleiche Voten in den Fachausschüssen
- 6.1. Antrag der Fraktionen DIE LINKE, SPD, CDU/FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Ausschreibung des Fanprojektes an einen freien Träger  
Vorlage: VI/2017/03457
  - 6.2. Antrag der CDU/FDP-Fraktion zu den Straßenausbaubeiträgen für den grundhaften Ausbau der Salzmünder Straße (2. Bauabschnitt)  
Vorlage: VI/2017/03446
  - 6.4. Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Errichtung des zukünftigen Verwaltungsstandortes in Halle-Neustadt  
Vorlage: VI/2017/03452

➔ im jeweiligen Fachausschuss vertagt

- 6.5. Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Präsentation der Moderne im Jahr 2019  
Vorlage: VI/2017/03109
- 6.6. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu einem Beratungsangebot für Eltern von Kindern mit besonderen Lernvoraussetzungen im Bereich Schulische Bildung  
Vorlage: VI/2017/03646
- 6.9. Antrag der Stadträte Markus Klätte und Helmut-Ernst Kaßner zur Erhöhung des Anteils junger Besucher bei Veranstaltungen der TOO H  
Vorlage: VI/2017/03549

➔ gleiche Voten in den jeweiligen Fachausschüssen

Weiterhin informierte er über folgende Änderung und Ergänzung zum TOP

- 6.8. Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Einführung eines Jugendparlaments  
Vorlage: VI/2017/03547

➔ hier liegt ein Änderungsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) und ein Änderungsantrag zum Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE Grünen vor, Behandlung unter TOP 6.8.1 und 6.8.1.1

**Herr Wolter** bezog sich auf den Tagesordnungspunkt 6.8 und seine Änderungsanträge und stellte einen Geschäftsordnungsantrag gemäß § 10 Abs. 1 Buchstabe i) der Geschäftsordnung des Stadtrates und seiner Ausschüsse auf Nichtbehandlung, da in den Fachausschüssen umfangreich zur Thematik diskutiert und debattiert wurde und keine unterschiedlichen Voten aus den Fachausschüssen resultieren.

Die Mitglieder des Hauptausschusses stimmten dem zu.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen zur Tagesordnung. **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** bat um Abstimmung der so geänderten Tagesordnung.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt**

Somit wurde folgende Tagesordnung festgestellt:

- 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
- 2. Feststellung der Tagesordnung
- 3. Genehmigung der Niederschrift vom 24.01.2018
- 4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
- 5. Beschlussvorlagen
- 5.1. Änderung der Geschäftsordnung für den Stadtrat der Stadt Halle (Saale) und seine Ausschüsse  
Vorlage: VI/2018/03737

- 5.2. *Beschlussfassung zum Sanierungs- und Strukturanpassungskonzept 2.0 der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle*  
Vorlage: VI/2018/03758 abgesetzt
- 5.2.1. *Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur BV "Beschlussfassung zum Sanierungs- und Strukturanpassungskonzept 2.0 der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle" Vorlagen-Nr.: VI/2018/03758*  
Vorlage: VI/2018/03790 abgesetzt
- 5.3. *Aufhebungssatzung der Gebührensatzung für den Rettungsdienstbereich Halle/Nördlicher Saalekreis*  
Vorlage: VI/2017/03618 abgesetzt
- 5.4. Standortentscheidung für die Ehrung hallescher Olympiasiegerinnen und Olympiasieger im öffentlichen Raum im "PARK der OLYMPIASIEGE" am Sportdreieck  
Vorlage: VI/2017/03159
- 5.4.1. *Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE , CDU/FDP, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Beschlussvorlage "Standortentscheidung für die Ehrung hallescher Olympiasiegerinnen und Olympiasieger im öffentlichen Raum im "Park der OLYMPIASIEGE" am Sportdreieck - VI/2017/03159*  
Vorlage: VI/2017/03662
6. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 6.1. *Antrag der Fraktionen DIE LINKE, SPD, CDU/FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Ausschreibung des Fanprojektes an einen freien Träger*  
Vorlage: VI/2017/03457 vertagt
- 6.2. *Antrag der CDU/FDP-Fraktion zu den Straßenausbaubeiträgen für den grundhaften Ausbau der Salzmünder Straße (2. Bauabschnitt)*  
Vorlage: VI/2017/03446 vertagt
- 6.3. *Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Erweiterung der Anspruchsberechtigten für die Nutzung des Halle-Passes A*  
Vorlage: VI/2017/03636
- 6.4. *Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Errichtung des zukünftigen Verwaltungsstandortes in Halle-Neustadt*  
Vorlage: VI/2017/03452 vertagt
- 6.5. *Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Präsentation der Moderne im Jahr 2019*  
Vorlage: VI/2017/03109 abgesetzt
- 6.6. *Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu einem Beratungsangebot für Eltern von Kindern mit besonderen Lernvoraussetzungen im Bereich Schulische Bildung*  
Vorlage: VI/2017/03646 abgesetzt
- 6.7. *Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Förderung der Elektromobilität*  
Vorlage: VI/2017/03465

- 6.8. *Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Einführung eines Jugendparlaments*  
*Vorlage: VI/2017/03547* *Nichtbehandlung*
- 6.8.1. *Änderungsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zum Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Einführung eines Jugendparlaments,*  
*Vorlage: VI/2017/03547*  
*Vorlage: VI/2018/03777* *Nichtbehandlung*
- 6.8.1.1. *Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN zum Änderungsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zum Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Einführung eines Jugendparlamentes, Vorlage: VI/2018/03777*  
*Vorlage: VI/2018/03817* *Nichtbehandlung*
- 6.9. Antrag der Stadträte Markus Klätte und Helmut-Ernst Kaßner zur Erhöhung des Anteils junger Besucher bei Veranstaltungen der TOOH  
 Vorlage: VI/2017/03549 *abgesetzt*
7. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
8. Mitteilungen
- 8.1. Mitteilung zur Anregung der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) für eine bessere Ausstattung mit Fahrradparkplätzen in der Ludwig-Wucherer-Straße
- 8.2. Mitteilung zur Anregung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Information des Stadtrates über die Aktivitäten der Stadt Halle (Saale) im Verein „Europäische Metropolregion Mitteldeutschland“
- 8.3. Mitteilung zur Anregung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Förderung von Fassadenbegrünungsprojekten
- 8.4. Mitteilung zur Anregung der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Durchführung einer Informationsveranstaltung zu den Gebührensatzungen der Stadt Halle (Saale)
9. Beantwortung von mündlichen Anfragen
10. Anregungen

### **zu 3 Genehmigung der Niederschrift vom 24.01.2018**

---

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** sagte, dass die Niederschrift vom 24.01.2018 erst in der nächsten Sitzung des Hauptausschusses genehmigt werden kann.

**Abstimmungsergebnis: vertagt**

#### **zu 4 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse**

---

In der Sitzung des Hauptausschusses am 24.01.2018 wurden keine Beschlüsse in nicht öffentlicher Sitzung gefasst.

#### **zu 5 Beschlussvorlagen**

---

##### **zu 5.1 Änderung der Geschäftsordnung für den Stadtrat der Stadt Halle (Saale) und seine Ausschüsse Vorlage: VI/2018/03737**

---

**Herr Schreyer** führte in die Beschlussvorlage ein.

Er sagte, dass die Geschäftsordnung im öffentlichen und nicht öffentlichen Teil eine „Genehmigung der Niederschrift“ vorsieht. Diese Formulierung ist irreführend, da sie den Anschein einer formalen Genehmigungsbedürftigkeit der Niederschrift erweckt. Die Niederschriften über die Sitzungen des Stadtrates und seiner Ausschüsse bedürfen keiner Genehmigung durch das jeweilige Gremium. Ein Genehmigungserfordernis kann auch nicht durch Ortsrecht eingeführt werden. Es können lediglich Einwendungen gegen die Niederschrift erhoben werden. Mit der Änderung der Geschäftsordnung werden zukünftig Unklarheiten über den Rechtscharakter dieses Tagesordnungspunktes vermieden.

**Herr Dr. Meerheim** fragte, warum dieses Problem erst jetzt aufgegriffen wird. Die Verfahrensweise gibt es seit Jahren.

**Herr Schreyer** antwortete, dass bisher praktisch so vorgegangen wurde, dass der jeweilige Ausschussvorsitzende die Bestätigung der Niederschrift abgefragt hat. Im Ausschuss für Personalangelegenheiten kam es im Herbst 2017 zu Irritationen. Es wurde die Frage einer Genehmigungsbedürftigkeit aufgeworfen. Daraus resultierend erfolgt nun die Klarstellung zur Thematik.

**Herr Lange** sagte, dass es keine Notwendigkeit gibt, die Geschäftsordnung zu ändern. Die derzeitige Verfahrensweise hat sich etabliert und bewährt. Es ist konform, wenn die Regelungen der Geschäftsordnung über die des KVG LSA hinausgehen.

**Herr Schreyer** sagte, dass es problematisch ist, Regelungen über das KVG LSA hinausgehend mit in die Geschäftsordnung aufzunehmen, die nicht zulässig sind. In dem Fall, wo ein Genehmigungserfordernis statuiert wird, ist eine solche Geschäftsordnungsregelung nicht möglich.

**Herr Wolter** sagte, dass die Niederschrift vor allem als Instrument dient, den Sitzungsverlauf, Diskussionen und Abstimmungen im Nachgang nachvollziehen zu können. Dies bedarf eines bestätigten Protokolls. Es ist zu klären, in welcher Art und Weise diese Bestätigung zu erfolgen hat. Den Begriff der „Genehmigung“ versteht er als eine nicht zulässige Formulierung. Es ist ein Verfahren nötig, welches ein Protokoll in der Endfassung bestätigt. Interessant ist auch die Frage, ob in der Verfahrensweise zur Erstellung des Protokolls Verbesserungen vorzunehmen sind. Für die Stadträtinnen und Stadträte ist nicht nachvollziehbar, inwieweit innerhalb der Verwaltung vorab Korrekturen am Protokoll vorgenommen werden, bevor eine Endfassung in der jeweiligen Sitzung vorgelegt wird.

**Herr Schreyer** sagte, dass der Protokollführer und der Vorsitzende des jeweiligen Gremiums die Niederschrift bestätigen und die Verantwortung für den Inhalt tragen. Nach Bestätigung werden diese an die Mitglieder des Gremiums verschickt und diese haben dann die Möglichkeit zur Sichtung und final in der Sitzung des Gremiums die Möglichkeit, Bedenken und Einwendungen kund zu tun. Diese Verfahrensweise bleibt bestehen. Die Niederschrift bestätigen durch entsprechenden Beschluss kann das jeweilige Gremium nicht. Das ist rechtlich nicht möglich.

**Herr Krause** sagte, dass die Problematik aus einer Sitzung des Personalausschusses resultiert, bei der die nicht öffentliche Niederschrift durch den Ausschuss nicht bestätigt wurde. Er fragte, wann eine Niederschrift Rechtskraft erlangt.

**Herr Schreyer** antwortete, dass das Protokoll mit der Unterschrift des Protokollführers und des jeweiligen Ausschussvorsitzenden Rechtskraft erlangt. Wenn ein Mitglied des Gremiums Einwände erhebt, dann hat darüber das Gremium zu entscheiden und die Niederschrift wird entsprechend um diesen Passus ergänzt oder berichtigt. Es wird aber nicht durchgestrichen und ein komplett neues Protokoll erstellt. Dies wird als ergänzende Anmerkung, Nachtrag oder Anlage zur Niederschrift beigefügt.

**Herr Scholtyssek** fragte, wie in anderen Kommunen mit der Genehmigung/Bestätigung der Niederschrift verfahren wird.

**Herr Schreyer** antwortete, dass die Formulierungen im KVG LSA eindeutig sind. Nicht eindeutig sind hingegen die bisherigen Regelungen einzelner Kommunen, woraus eine unterschiedliche Handhabung resultiert. In diversen Kommentaren und Literaturen ist übereinstimmend geregelt, dass kein Genehmigungsverfahren notwendig ist. Daran sollte sich die Stadt Halle (Saale) orientieren.

**Frau Dr. Brock** stellte einen Geschäftsordnungsantrag auf Vertagung der Vorlage. Die Verwaltung soll darlegen, wie in anderen Städten mit der Thematik verfahren wird.

Dem stimmten die Ausschussmitglieder zu.

**Abstimmungsergebnis:**                      **vertagt**

**Beschlussvorschlag:**

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) beschließt die folgenden Änderungen in der Geschäftsordnung für den Stadtrat der Stadt Halle (Saale) und seine Ausschüsse:

1. § 6 Abs. 3 – öffentlicher Sitzungsteil – „c) Genehmigung der Niederschrift“ wird gestrichen und durch „c) Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift“ ersetzt.
2. § 6 Abs. 3 – nicht öffentlicher Sitzungsteil – „b) Genehmigung der Niederschrift“ wird gestrichen und durch „b) Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift“ ersetzt.



zu 5.4 **Standortentscheidung für die Ehrung hallescher Olympiasiegerinnen und Olympiasieger im öffentlichen Raum im "PARK der OLYMPIASIEGE" am Sportdreieck**  
Vorlage: VI/2017/03159

---

zu 5.4.1 **Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE , CDU/FDP, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Beschlussvorlage "Standortentscheidung für die Ehrung hallescher Olympiasiegerinnen und Olympiasieger im öffentlichen Raum im "Park der OLYMPIASIEGE" am Sportdreieck - VI/2017/03159**  
Vorlage: VI/2017/03662

---

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** sagte, dass die Vorlage vielfach diskutiert wurde. Die Verwaltung schlägt in Folge dessen als Standort für die Ehrung hallescher Olympiasiegerinnen und Olympiasieger den Hansering vor. Als zweiter Vorschlag gilt der Paternoster.

**Frau Dr. Marquardt** ergänzte, dass die Verwaltung bei allen Olympiasiegern abgefragt hat, welchen Standort sie favorisieren würden. Es liegen derzeit 13 Rückmeldungen vor, welche einstimmig für den Hansering ihre Empfehlung ausgesprochen haben.

**Herr Eigendorf** fragte, wie die Verwaltung die Argumente, die in den letzten Monaten immer gegen den Hansering als Standort gesprochen haben, neu bewertet. Weiterhin fragte er, seit wann die Rückmeldungen vorliegen und ob es schon nähere Vorstellungen hinsichtlich des Platzbedarfs am Hansering gibt.

**Frau Dr. Marquardt** sagte, dass man zuerst eine Rückmeldung zum Standort Hafenbahntrasse eingeholt hat. Ergebnis der Rückmeldungen war, dass ein Standort in der Innenstadt favorisiert wird und der Standort Hafenbahntrasse abgelehnt wurde. Die Verwaltung wird nun die Standortentscheidung abwarten und dann im Zuge dessen bei der Umsetzung geeignete Methoden prüfen. Die Vorlage wird von der Verwaltung bis zum Stadtrat entsprechend angepasst.

Nach einer kurzen Verständigung zur weiteren Verfahrensweise sagte **Frau Dr. Brock** zum Änderungsantrag, dass die Punkte 2 und 3 weiter bestehen bleiben.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** sagte, dass zum Punkt 1 die entsprechende Änderung vorgenommen wird und die Punkte 2 und 3 des Änderungsantrages übernommen werden, allerdings ohne festgelegte Summe.

**Frau Dr. Wünscher** stellte einen Geschäftsordnungsantrag auf Vertagung der Vorlage. Als Gründe nannte sie eine bereits im Finanzausschuss erfolgte Vertagung und kein aufkommender zeitlicher Druck.

**Herr Eigendorf** sprach sich gegen eine Vertagung der Vorlage aus. Es bestehe dazu keine Notwendigkeit. Der Oberbürgermeister hat Änderungen und Übernahmen aus dem Änderungsantrag zugesagt, die weitere Verfahrensweise sei geklärt.

**Abstimmungsergebnis:** mehrheitlich abgelehnt  
**GO-Antrag auf Vertagung**

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

zu 5.4.1 Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE , CDU/FDP, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Beschlussvorlage "Standortentscheidung für die Ehrung hallescher Olympiasiegerinnen und Olympiasieger im öffentlichen Raum im "Park der OLYMPIASIEGE" am Sportdreieck - VI/2017/03159  
Vorlage: VI/2017/03662

---

**Abstimmungsergebnis:** erledigt

**Beschlussvorschlag:**

Der Beschlussvorschlag wird wie folgt geändert:

1. Der Stadtrat beschließt als Standort für die Ehrung der derzeit 14 halleschen Olympiasiegerinnen und Olympiasieger im öffentlichen Raum **die Hafenbahntrasse im Bereich Holzplatz bis Karl-Meseberg-Brücke.**
2. **Maßnahmebeginn (d.h. Planung, Erwerb und Installation) kann frühestens der Tag sein, an dem der Stadtrat der Annahme der benötigten Spendenmittel i.H.v. 40.000 EUR zustimmt.**
3. **Die Gestaltungsplanung wird dem Sportausschuss des Stadtrates der Stadt Halle (Saale) zur abschließenden Empfehlung vorgelegt.**

zu 5.4 Standortentscheidung für die Ehrung hallescher Olympiasiegerinnen und Olympiasieger im öffentlichen Raum im "PARK der OLYMPIASIEGE" am Sportdreieck  
Vorlage: VI/2017/03159

---

**Abstimmungsergebnis:** zugestimmt nach Änderungen

**Beschlussempfehlung:**

1. Der Stadtrat beschließt als Standort für die Ehrung der derzeit ~~14~~ **15** halleschen Olympiasiegerinnen und Olympiasieger im öffentlichen Raum ~~die Grünfläche am Gesundbrunnen, Max-Lademann-Straße~~ **den Hansering.**
2. **Maßnahmebeginn (d.h. Planung, Erwerb und Installation) kann frühestens der Tag sein, an dem der Stadtrat der Annahme der benötigten Spendenmittel i.H.v. 40.000 EUR zustimmt.**
3. **Die Gestaltungsplanung wird dem Sportausschuss des Stadtrates der Stadt Halle (Saale) zur abschließenden Empfehlung vorgelegt.**

## zu 6 Anträge von Fraktionen und Stadträten

---

### zu 6.3 Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Erweiterung der Anspruchsberechtigten für die Nutzung des Halle-Passes A Vorlage: VI/2017/03636

---

**Herr Dr. Meerheim** stellte einen Geschäftsordnungsantrag auf Nichtbehandlung. Dem wurde zugestimmt.

**Abstimmungsergebnis: Nichtbehandlung**

#### **Beschlussvorschlag:**

Der Stadtrat beschließt:

Die Anspruchsberechtigten der Sozialleistungen Wohngeld und Kinderzuschlag sind ab 01.03.2018 berechtigt, den Antrag auf Ausstellung eines Halle-Passes (A) zu stellen.

### zu 6.7 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Förderung der Elektromobilität Vorlage: VI/2017/03465

---

**Frau Dr. Brock** brachte den Antrag ihrer Fraktion ein und begründete diesen.

**Herr Wolter** sagte, dass eine regelmäßige Berichterstattung zur Thematik im Vordergrund stehen sollte. Ein Konzept ist daher nicht zielführend und nicht notwendig.

**Herr Krause** bestätigte die Aussage von Herrn Wolter.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** ergänzte, dass die Stadtwerke in den letzten Jahren vorbildliche Arbeit geleistet haben. Er sicherte eine regelmäßige Berichterstattung in den Ausschüssen zu.

**Frau Dr. Brock** sagte, dass der Antrag auf einen Maßnahmenplan und eine zeitliche Struktur der Umsetzung abzielt.

**Herr Dr. Meerheim** erinnerte an die Anregung im Stadtentwicklungsausschuss zur Einbeziehung der Wohnungsgesellschaften und Privatvermieter.

**Herr Zwick** informierte anhand einer Präsentation über den aktuellen Sachstand zur Förderung der Elektromobilität.

*Anmerkung: Die Präsentation ist in Session hinterlegt.*

**Herr Kolbert** ergänzte, dass die BWG, der Bauverein und die WG Freiheit bereits Ladesäulen der Stadtwerke besitzen. In Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung wird der Green-City-Plan erarbeitet in dem alle Maßnahmen, die den Klima- und Umweltschutz und die Einhaltung von Schadstoffen fördern, gebündelt dargestellt werden. Die Stadtwerke empfehlen, auf ein Konzept zu verzichten und auf eine regelmäßige Berichterstattung überzugehen.

**Frau Dr. Brock** fragte, welche zeitliche Abfolge der Green-City-Plan vorsieht und ob dieser in der Stadtratssitzung vorgestellt wird.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** sicherte eine schriftliche Beantwortung zu.

**Frau Dr. Brock** sagte, dass die Menge der Ladesäulen so angepasst werden muss, dass diese einen Anreiz darstellt, auf Elektrofahrzeuge umzustellen. Innerhalb der Metropolregion sollten die Umsetzungszeiträume mit Leipzig synchronisiert werden.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** merkte an, dass die Stadt dazu bereits in einer Arbeitsgruppe der Metropolregion tätig ist.

**Herr Wolter** sagte, dass ein Konzept bereits vorliegt und daher die Berichtsform der Maßnahmen beibehalten werden soll.

**Herr Dr. Meerheim** lobte die Arbeit der Stadtwerke. Er sagte, dass es in der Präsentation vorrangig um eine Verringerung von Lärm und Schadstoffen ging. Es sei wichtig, auch die E-Mobilität für Ältere zu betrachten und dabei die Folgen für den öffentlichen Straßenraum zu beleuchten.

**Herr Lange** sagte, dass eine entsprechende Ladeinfrastruktur geschaffen werden muss. Zudem sind aktuell noch wenige Ladestationen in bevölkerungsreichen Stadtteilen vorhanden. Es sollte eine konzeptionelle Betrachtung zur Auslastung der Stromnetze, in Zusammenarbeit mit den Wohnungsgenossenschaften für einen Ausbau einer Ladeinfrastruktur geben.

**Herr Zwick** antwortete, dass die aktuelle Ladeinfrastruktur so aufgebaut ist, dass sich Ladesäulen besonders dort befinden, wo eine lange Verweildauer von Personen besteht. Hornbach hat bereits vier Ladesäulen integriert. Aktuell ist keine Nachfrage vorhanden, um den Ausbau zu erweitern. Ein Ausbau ist daher aktuell betriebswirtschaftlich nicht zu rechtfertigen.

**Herr Scholtyssek** stimmte den Ausführungen der Verwaltung zu und ergänzte, dass eine Betrachtung, die sich nur auf Elektromobilität beschränkt, nicht zukunftsfähig ist.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen, sodass **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** um Abstimmung des Antrages bat.

**Abstimmungsergebnis:** **mehrheitlich abgelehnt**  
4 Ja-Stimmen  
6 Nein-Stimmen  
2 Enthaltungen

### **Beschlussvorschlag:**

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, bis zum Ende des II- **IV.** Quartals 2018 in Zusammenarbeit mit der Stadtwerke Halle GmbH **und den städtischen Wohnungsgesellschaften dem Netzwerk Stadtentwicklung** ein zeitlich untersetztes Maßnahmenkonzept zur Förderung der Elektromobilität in der Stadt Halle zu erarbeiten und dem Stadtrat zur Beschlussfassung vorzulegen.

## **zu 7 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten**

---

Es lagen keine schriftlichen Anfragen von Fraktionen und Stadträten vor.

## **zu 8 Mitteilungen**

---

### **zu 8.1 Mitteilung zur Anregung der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) für eine bessere Ausstattung mit Fahrradparkplätzen in der Ludwig-Wucherer-Straße**

---

**Frau Riedel** informierte, dass die Möglichkeit besteht, Parkplätze zugunsten neuer Fahrradbügel zu entfernen, was die Parkproblematik verlagern würde. Daher hat man sich entschieden, vor dem Gebäude Nr. 57 vier Fahrradbügel anzuordnen, da die Gehwegbreite dies hergibt.

Die Information wurde zur Kenntnis genommen.

### **zu 8.2 Mitteilung zur Anregung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Information des Stadtrates über die Aktivitäten der Stadt Halle (Saale) im Verein „Europäische Metropolregion Mitteldeutschland“**

---

**Frau Ernst** informierte, dass neue Informationen aus der Metropolregion und die Aktivitäten in den Arbeitsgruppen regelmäßig im Ausschuss für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung vorgestellt werden.

Die Information wurde zur Kenntnis genommen.

### **zu 8.3 Mitteilung zur Anregung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Förderung von Fassadenbegrünungsprojekten**

---

**Frau Riedel** informierte, dass bereits Ende 2017 die Richtlinie und die Antragsformulare auf der städtischen Internetseite unter [www.klimaschutz.halle.de](http://www.klimaschutz.halle.de) hinterlegt wurden. Verschiedene zukünftige Projekte werden erarbeitet, welche im Amtsblatt veröffentlicht werden sollen. Der Fachbereich Immobilien prüft geeignete städtische Objekte, ob diese zur Fassadenbegrünung geeignet sind.

Die Information wurde zur Kenntnis genommen

**zu 8.4 Mitteilung zur Anregung der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Durchführung einer Informationsveranstaltung zu den Gebührensatzungen der Stadt Halle (Saale)**

---

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** informierte, dass die Anregung aufgenommen wird. Vorab sollte es eine Abstimmung mit der Fraktion geben, um Form und Umfang der Informationsveranstaltung abzustimmen.

Die Information wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 8.5 Frau Dr. Marquardt zum Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Erarbeitung einer Richtlinie zur Förderung des Tierschutzes**

---

**Frau Dr. Marquardt** informierte, dass der Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Erarbeitung einer Richtlinie zur Förderung des Tierschutzes in die Zuständigkeit des Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschusses fällt, da sich dieser Ausschuss mit Angelegenheiten des öffentlichen Gesundheitswesens, des Veterinärwesens und des Lebensmittelwesens beschäftigt. Daher wird der Antrag wieder auf die kommende Tagesordnung gesetzt.

Die Information wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 9 Beantwortung von mündlichen Anfragen**

---

**zu 9.1 Frau Dr. Brock zur Richtlinie städtepartnerschaftlichen Beziehungen**

---

**Frau Dr. Brock** sagte, dass die Richtlinie städtepartnerschaftlicher Beziehungen den Stadträten im Februar vorgelegt werden sollte und fragte, ob der Beschlussvorschlag im Stadtrat eingebracht wird.

**Herr Paulsen** verneinte dies. Es wird an einer Überarbeitung gearbeitet.

**zu 9.2 Herr Lange zu Fahrradabstellanlagen in der Bugenhagenstraße**

---

**Herr Lange** berichtete, dass an der BBS III die vorhandenen Fahrradabstellanlagen nicht ausreichen und fragte nach weiteren Abstellmöglichkeiten.

**Frau Dr. Marquardt** antwortete, dass eine Prüfung zur Abstellung der Fahrräder geprüft wurde. Eine Zustimmung gab es nicht, da die Personen mit Sehbeeinträchtigungen nicht weiter eingeschränkt werden dürfen. Die Fahrräder werden zurzeit im Außenbereich des Objektes abgestellt.

### zu 9.3 Herr Lange zur Sanierung der Grundschule Hanoier Straße

---

**Herr Lange** berichtete, dass der Stadtelternrat mitgeteilt hat, dass die Beteiligung bei der Sanierung der Grundschule Hanoier Straße nicht optimal war und es Kritik an den Vorschlägen der Verwaltung gibt. Er fragte, ob dies vor einer erneuten Stadtratsdiskussion vorab geprüft werden kann.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** sagte, dass es bei allen Projekten an Schulen und Kitas, die im Stadtrat beschlossen werden, ein umfangreiches Anhörungsverfahren gibt.

**Frau Dr. Marquardt** sicherte eine Prüfung zu.

**Frau Ernst** ergänzte, dass die aktuell zur Diskussion stehenden Baubeschlüsse Ergebnisse der Förderanträge STARK III sind, welche 2016 eingereicht wurden. Im Zuge der Erarbeitung der Förderanträge wurden die Schulleitung und der Hortträger eingebunden und umfassend informiert. Ergänzende Hinweise seitens der Schule und des Hortträgers wurden berücksichtigt, der Stadt liegt zudem ein schriftlich erklärtes Einvernehmen vor.

**Herr Lange** sagte, dass eine Schreiben der Eltern und der Schulleitung vorliegt und die Situation ernst genommen werden sollte.

**Frau Ernst** sagte, dass es vorab eine Abstimmung gegeben hat und die Verwaltung jederzeit weitere Hinweise prüft.

### zu 9.4 Herr Wolter zur Schule am Holzplatz

---

**Herr Wolter** fragte, ob es zur Holzplatzschule eine Dringlichkeitsvorlage für die Stadtratssitzung im Februar geben wird.

**Frau Dr. Marquardt** antwortete, dass diese in Bearbeitung ist.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** ergänzte, dass die Zustimmung des Landesverwaltungsamtes vorliegt und eine Beschlussvorlage schnellstmöglich vorgelegt wird.

### zu 9.5 Herr Wolter zum Wahltermin Oberbürgermeisterwahl 2019

---

**Herr Wolter** fragte, wann der Wahltermin zur Oberbürgermeisterwahl 2019 bekannt gegeben wird.

**Herr Geier** antwortete, dass aktuell die Verfahrensweise erarbeitet wird und dann der Wahltermin durch eine Beschlussvorlage eingebracht wird.

#### zu 9.6 Herr Wolter zum HFC

---

**Herr Wolter** fragte, wie der Stand zur Beantwortung des Fragenkataloges an Herrn Schädlich ist.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** antwortete, dass ein Sanierungskonzept vorliegt, welches von den Sponsoren geprüft wird.

**Herr Wolter** fragte, ob der Stadtrat mit eingebunden wird.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** sagte, dass das Konzept aktuell mit den beteiligten Geschäftsführern ausgewertet wird.

#### zu 9.7 Herr Wolter zur Hochhausscheibe A

---

**Herr Wolter** fragte, wie der Sachstand zur Hochhausscheibe A ist, ob es einen Zeitplan gibt und wann die Stadträte darüber informiert werden?

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** antwortete, dass sobald die nächsten Planungsschritte des Eigentümers bekannt sind, die Stadträte darüber informiert werden.

#### zu 9.8 Herr Dr. Meerheim zum HFC

---

**Herr Dr. Meerheim** fragte, ob es nicht sinnvoll ist, einen Überblick zu erhalten, damit der Stadtrat rechtzeitig agieren kann.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** sagte, dass zuerst das Sanierungskonzept ausgewertet werden muss.

**Herr Dr. Meerheim** fragte, ob der Zeitplan eingehalten werden kann.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** antwortete, dass in den nächsten Tagen Besprechungen stattfinden, wozu der HFC eingeladen wurde.



**zu 10      Anregungen**

---

Es wurden keine Anregungen gegeben.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Bernd Wiegand** beendete die öffentliche Sitzung des Hauptausschusses und bat um Herstellung der Nichtöffentlichkeit.

Für die Richtigkeit:

---

Dr. Bernd Wiegand  
Oberbürgermeister

---

Maik Stehle  
Protokollführer